

Ein russischer Bumerang

Der Weg zum größten Politskandal in der Geschichte der USA

#Elections #Corruption #Clinton #Trump

Ein Bumerang ist wohl jedem bekannt. Man kann damit hoch in die Luft werfen, zuschauen, wie er sich steil nach oben schwingt und scheinbar endlos in die blauen Weiten fliegt. Doch irgendwann bricht der unaufhaltbare Steigflug ab. Durch die innere Rotationsbewegung des Bumerang entsteht ab einer gewissen Luft-Dynamik eine sogenannte Präzession, welche eine komplette Flugänderung des gesamten Vehikels bewirken kann. So ist es durchaus möglich, dass ein Bumerang einige Zeit nach dem ursprünglichen Auswurf wieder im Rücken des Werfers landet.

Man könnte meinen, dass genau so ein Bumerang ungefähr im September 2015 ausgeworfen wurde. Damals hatte es sich nämlich zugetragen, dass ein bis heute nicht eindeutig geklärt Auftraggeber eine Beratungs-Firma mit Namen 'Fusion GPS' in Washington, D.C. damit beauftragte, Nachforschungen gegen den damaligen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump anzustellen und diese in einem Dossier zu sammeln, um dessen Kandidatur für die Wahl im Jahr darauf zu verhindern.

Das Anti-Trump Dossier

Nachdem Trump im Frühjahr 2016 offiziell zum republikanischen Kandidaten für die Wahlen erklärt wurde, stellte man zunächst einmal die Zahlungen bei Fusion GPS ein. Doch damit wurde die Arbeit am Anti-Trump Dossier nicht etwa beendet, sondern begann nun erst recht. Wie eine Fackel wurde es an die Partei der US-Demokraten weitergereicht. Über die Parteizentrale von Hillary Clinton sprangen freudig neue Kunden bei Fusion GPS bezüglich des Dossiers gegen Trump ein. Im Juni 2016, etwa als Wikileaks die vielen E-Mails des Democratic National Committee - Hillary Clintons Hauptquartier - veröffentlichte, wurde von Fusion GPS ein ehemaliger MI-6 Agent aus Großbritannien mit Namen Christopher Steele herangezogen um gegen Trump zu werkeln. Bis Dezember 2016 konnte so weiter am Dossier gefeilt werden. Auch John McCain, ein besonders hartnäckiger Kontrahent Trumps aus dem Lager der Republikaner, **bekam vom Dossier Wind**. Er ließ einen seiner Mitarbeiter nach London fliegen um es zu begutachten und sich mit dessen Verfasser zu treffen. **McCain gab das Dossier danach** an den damaligen Direktor des FBI, James Comey, weiter, der jedoch schon informiert war und auch Präsident Obama über das Dossier unterrichtete.

Anfang Januar 2017, einige Wochen vor der Vereidigung des neuen US-Präsidenten, **finden sich die vier ehemaligen Top-US-Geheimdienst-Chefs** James Comey, John Brennan, Mike Rogers und James Clapper im Trump-Tower in New York ein. Dort besprach man zunächst gemeinsam die angeblichen russischen Einflussnahmen auf die Wahlen von 2016, bevor in zuvor abgesprochener Weise James **Comey mit Donald Trump alleine im Raum** gelassen wurde. Hier warf der ex FBI Chef dann einige der schmierigen, durch das Dossier angeblich belegten Sex-Szenen aus Moskau mit Beteiligung Trumps in einer Art und Weise auf den Tisch, die durchaus an Erpressung erinnert.

Ganz zufällig vor der Vereidigung von Donald Trump am 20. Januar 2017 wurde das gesamte Dossier

an BuzzFeed News weitergereicht, wo es sofort [auf deren Webseite](#) veröffentlicht wurde ([deutsche Übersetzung des Dossiers hier](#)). Geldgeber von BuzzFeed News ist NBC News über deren Eigner ComCast. Schon in den Wochen und Monaten vor der Veröffentlichung auf der Webseite von BuzzFeed florierte das schmutzige Dossier unter wohl noch schmierigeren Journalisten in Washington, D.C. Der US-Präsident bezeichnet den Bericht fortan als sog. Fake News, also voll von unbestätigten, verleumderischen Anschuldigungen, die laut seiner Aussage und denen seiner engen Mitarbeiter „dummes Zeug“ seien. Eine [Einschätzung, der man durchaus zustimmen muss](#), wenn man sich die Zeit nimmt das schmutzige Dossier in seiner Ganzheit zu lesen, sofern man es schafft. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen des Dossiers [ist hier einzusehen](#).

Kreml Insider berichtet, dass TRUMP Anwalt COHENs geheime Treffen mit Kreml-Offiziellen im August 2016 in Prag stattfanden.

[Steele Dossier](#), 2016/136

Nicht aber so bei den zumeist traditionellen Medien in den USA und auch und besonders nicht in Europa. Immer wieder wurde seit dem Auftauchen des Dossiers darüber gemutmaßt, wie, wann, wo und wie sehr Donald Trump die Wahl von 2016 einzig durch die Unterstützung Russlands gewonnen habe. Eine haarsträubende Geschichte folgte der nächsten in den Wochen und Monaten nach der Vereidigung des neuen US-Präsidenten, nicht selten auf den Titelseiten vieler Medien. Praktisch so gut wie frei erfundene Berichte, die durch die oftmals nur noch [als schlichte Propaganda zu bezeichnenden Aufrufe](#) so einiger Medienbetriebe auch in Deutschland geschürt wurden.

Im März 2017 meldet sich der ehemalige Direktor des CIA Michael Morell als erster kritisch zu Wort und drückt seine Zweifel am Dossier von Steele und Fusion GPS aus. Nach Morell habe [Christopher Steele seine Zeugen über Dritte befragt](#) und für deren Aussagen bezahlt:

Und dann fragte ich mich, warum diese Leute diese Informationen zur Verfügung stellten, was war ihre Motivation ? Und ich habe später erfahren, dass er sie bezahlt hat. Dass die Vermittler die Quellen [des Dossiers] bezahlten und die Vermittler das Geld von Chris[topher Steele] erhielten. Und diese Art macht mir ein wenig Sorgen, denn wenn Sie jemanden bezahlen, insbesondere ehemalige FSB-Offiziere, werden sie Ihnen die Wahrheit und Anspielungen und Gerüchte sagen und sie werden Sie anrufen und sagen: 'Hey, lass uns ein weiteres Treffen arrangieren, ich habe mehr Informationen für Sie', weil sie mehr bezahlt werden wollen ... Ich denke, Sie müssen all das berücksichtigen, wenn Sie das Dossier betrachten."

Ehemaliger CIA Director [Michael Morell in 2017](#)

Dazu wird am 9. Mai 2017 FBI-Direktor James Comey auf Empfehlung des US-Justizministers Jeff Sessions sowie des obersten Staatsanwaltes Rod Rosenstein [durch den neuen US-Präsidenten gekündigt](#).

Das Dossier zieht weiter seine Kreise und landet Anfang 2017 auch beim russischen Geschäftsmann

Alexis Gubarev. Diesem wird laut Dossier von Steele und Fusion GPS nachgesagt, dass er sich angeblich über seine Webhosting-Firma in die Computer-Server der Clinton-Politikkampagne eingehackt habe. Gubarev reicht zeitnah eine Klage gegen die veröffentlichende Webseite BuzzFeed News ein. Ein Gericht in den USA ordnet daraufhin eine Zeugenvernehmung von Christopher Steele in England an, welcher sich der ex MI-6 Mann zunächst verwehrt. Das Gericht wird später anordnen, die gerichtlichen Aussagen von sowohl Steele als auch von McCain-Gehilfe David Kramer **für lange Zeit unter Verschluss zu halten**. Eine Untersuchungskommission des US-Senats teilt Fusion GPS derweil im Juli 2017 mit, dass sie **nicht nur Interesse daran haben, deren Leiter Glenn Simpson zu befragen**. Im Oktober 2017 werden ca. 40.000 Dokumente mit Bezug zu Fusion GPS an den US-Senat übergeben. Einige Tage später verweigern die wichtigen Fusion GPS Leiter Peter Fritsch und Thomas Catan jegliche Aussage vor dem Senatskomitee und beziehen sich dabei auf den 5. Zusatzartikel der Vereinigten Staaten, dem 'Fifth Amendment'. Eine Gesetzes-Regel, die zumeist dann genutzt wird, wenn man sich durch Aussagen vor Gericht nicht selbst Schaden zufügen möchte.

Auch die Initiatoren des Anti-Trump-Dossiers bleiben lange unerkannt. Erst **Ende Oktober 2017 geht die Meldung durch die Presse**, dass eine Webseite namens 'Free Beacon' zuerst bei Fusion GPS bezüglich des Dossiers angeklopft und dieses initiativ finanziert habe. Vorsitzender für die konservative Webseite ist Michael Goldfarb, ein ehemaliger Kampagnenchef des republikanischen Senators John McCain.

Mitte November 2017 wird der Firmengründer von Fusion GPS mit Namen Glenn Simpson **in den US-Kongress geladen** um dort auszusagen. Er läßt zumeist seinen Anwalt sprechen und gibt an, dass er sich nicht auch nur ansatzweise die Mühe machte das falsche Dossier vielleicht irgendwann einmal auf seine Korrektheit hin zu überprüfen. Kein Wunder, angesichts der knapp **10 Millionen US-Dollar**, die von der Parteizentrale der Demokraten an eine Anwaltsfirma namens 'Perkins Coie' gingen und von dort mehrheitlich an Fusion GPS überwiesen wurden. Ausgaben, an die sich Monate später niemand mehr aus der ehemaligen DNC-Führungsrunde erinnern oder diese auch nur annähernd erklären kann. Ende Oktober 2017 gibt die damals neue Presse- und Kommunikationsbeauftragte der US-Demokraten so auch folgendes an:

Tom Perez und die neue Führung des DNC waren nicht in die Entscheidungen bezüglich Fusion GPS involviert, noch wussten sie darüber, dass Perkins Coie [Anwaltsfirma, die von 2015 bis 2016 ca. 10 Millionen US-Dollar vom DNC erhielt] mit der Organisation arbeitete. Aber lassen sie uns im klaren darüber sein, dass es eine Bundesermittlung gegen Trumps Kampagnenverbindung mit Russland gibt und dass das amerikanische Volk es verdient hat herauszufinden, was wirklich geschah.

Ganz in diesem Sinne gelangte man auf einmal wieder zu ganz anderem Wissen von einigen Jahren zuvor.

Uranium One und die Clinton Stiftung

Bereits im April 2015 wurde **von der New York Times ausführlich darüber berichtet**, dass über eine ehemals kanadische Firma mit Namen 'Uranium One' Millionen von US-Dollar an die Clinton Stiftung geflossen sind, dies zwischen 2009 und 2013 (**deutsche Übersetzung des New York Times Artikels hier**). Am Ende dieser Zeitspanne wurde die US-amerikanische Uranreserven verwaltende Firma Uranium One vom Kreml-nahen Energieriesen Rosatom zu 100% übernommen.

Es begann im Jahre 2005, als der ehemalige US-Präsident Bill Clinton einem Milliardärs-Freund aus Kanada mit Namen Frank Giustra dabei behilflich gewesen ist, **Rechte an einer Uran-Mine in Kasachstan zu erlangen**. Durch diesen Deal konnte Giustras Firma 'Ur-Asia Energy' nicht nur mittels einer 3,5 Milliarden US-Dollar Transaktion mit **der damals südafrikanischen Firma Uranium One fusionieren**, sondern die Clinton Stiftung sich auch gleich noch auf zweistellige Millionenbeträge als Spenden freuen. Doch Putins Kreml schielte ebenso auf die Uran-Reserven in Kasachstan. Man bearbeitete umgehend die dortige Regierung und ließ ruck-zuck die zuvor gefeierten Regierungsoberen verantwortlich für den Giustra Deal verhaften. Auf einmal war so der Geschäftsanteil von Uranium One an der kasachischen Mine ernsthaft in Gefahr, durch den dortigen Staat konfisziert zu werden. Der Börsenwert von Uranium One fiel ins bodenlose und die panischen Vorsitzenden wandten sich an das US State Department unter der Leitung von Hillary Clinton. Dort berief man kurzer Hand Notfall-Treffen mit der kasachischen Regierung ein und gab ein paar Tage später bekannt, dass man die Lösung parat habe: Russlands Energieriese Rosatom würde 17 Prozent von Uranium One übernehmen und das Dilemma mit der Mine in Kasachstan so verschwinden, ebenso wie das der Spendengeldgeber der Clinton Stiftung.



Doch in Moskau wollte man offenbar nicht nur Anteile am Uran-Weltmarkt, sondern Kontrolle über möglichst viel davon. Um Uranium One komplett übernehmen zu können musste der Kreml jedoch gleich die gesamte US-Obama-Regierung davon überzeugen, dass es sinnvoll wäre, Uranium One vollständig nach Russland aufzusaugen; eine kanadische Firma, die 20% aller US-amerikanischen Uranreserven verwaltete. Für solch wichtige Angelegenheiten gibt es in den USA den 'Ausschuss für Auslandsinvestitionen' (Committee on Foreign Investments in the United States - CFIUS), zu welchem von 14 US-Regierungsbehörden die Oberen entsendet werden. Zum Beispiel Hillary Clinton oder auch Eric Holder, den damaligen Leiter des US-Justizministeriums, dessen Leute genauestens über die russischen Einflussnahmen und Bestechungen bezüglich der Sache vertraut waren, auch **über den obersten Staatsanwalt in den USA** Rod Rosenstein.

Im März 2010 **reist Hillary Clinton nach Moskau** und unterhält sich dort ausgiebig mit Vladimir Putin und Medvedev. Nur wenig später **hält Bill Clinton einen ungefähr halbstündigen Vortrag in Moskau** und bekommt dafür 500.000 US-Dollar, ein Betrag, der weit über dessen übliche Honorareinnahmen ging. Dies auch nicht von einem gelangweilten Ölmilliardär, sondern von der kreml-nahen 'Renaissance Capital Bank', die so ganz nebenbei Uranium One Aktien ihren Kunden empfahl und verkaufte. Schließlich, im Oktober 2010, gibt das CFIUS-Komitee dann endgültig bekannt, dass es keinerlei Einwände mehr trotz vielfacher Bedenken auf republikanischer Seite in den USA gegen die **100%ige Übernahme von Uranium One durch Rosatom** mehr habe. Voilà !

Der damalige Vorsitzende von Uranium One gibt über seine eigene Stiftung gleich vier großzügige Spenden in Höhe von insgesamt 2,35 Millionen US-Dollar an die Clintons. Diese werden, trotz der Verpflichtung, sämtliche Spendeneinnahmen während der Zeit von Hillary Clinton als Regierungsmitglied nachvollziehbar zu machen, nicht offengelegt. Die Rechtfertigung der Clintons und ihrer Gesellschaft diesbezüglich war und ist, dass die Spendengelder im Zusammenhang mit Uranium One an den kanadischen Ableger der Clinton Stiftung gingen und dass **das kanadische Recht angeblich eine Offenlegung der Spendengelder** untersagen würde. Insgesamt mögen wohl **so um die 140 Millionen US-Dollar an die Clinton Stiftung** im Rahmen dieser russischen Übernahme von Uranium One geflossen sein - eine Firmenübernahme, welche Rosatoms Vorsitzenden Sergej Kiriyenko wenig danach zu der Äußerung veranlasst, dass „wenige es in der Vergangenheit auch nur hätten erahnen können, dass wir jemals in den Besitz von 20% der US-amerikanischen Uranreserven gelangen würden“.

Im Oktober 2017 wird bekannt, dass das US-Justizministerium angeblich eine ernsthafte Untersuchung bezüglich Uranium One und Rosatom durchführen wolle. Ein Senator wendet sich daraufhin an den US-Justizminister und **fordert die Aufhebung einer Geheimhaltungsklausel** des FBI mit einem Geschäftsmann (**deutsche Version hier**), damit dieser vor dem Kongress aussagen kann. Ein Insider, der für das FBI arbeitete, von diesem für seine Tätigkeit sogar bezahlt und in die Kreise um Uranium One unter Lebensgefahr eingeschleust wurde.

Die Finanzströme der Clinton Stiftung bringen danach weitere Sachverhalte ans Tageslicht. Über eine Firma mit Namen **APCO Worldwide** erhielt man weitere Zuwendungen die nicht veröffentlicht wurden. Diesmal für vermeintliche Hilfen an russische Energieunternehmen, die an milliardenschweren Ausschreibungen des US-amerikanischen Energiesektors teilhaben wollten und möglicherweise indem man Uran, oder den damit produzierten Strom, wieder zurück an die USA verkaufen wollte. Auch reichliche **Zuwendungen von deutschen Steuerzahlern** an die Clinton Stiftung gab es. Sowohl die GIZ (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) als auch das Bundesministerium für Umwelt werden als Spender unter der Rubrik 1 bis 5 Millionen US-Dollar genannt. Besonders die **Zahlungen des BMU** stehen mehr als in der Kritik, da diese ganz zufällig im dritten Quartal des Jahres 2016 - also während der Hochphase des US-Wahlkampfes - an die Clinton Stiftung gingen, dies angeblich für Umweltprojekte in Kenia und Äthiopien; „Baumaufforstungen“, wie man aus dem BMU offiziell verlauten lies.

Die Verbindungen der Clinton Stiftung reichen jedoch weiter, bis ans Ende der Welt sozusagen. Einer der größten Spender der Clintons war das **australische Außenministerium unter der Leitung von Alexander Downer**. Dieser gerät schon bald in die Kritik weil er einer der ersten gewesen ist, der die Anti-Trump-Kampagne 2016 ins Rollen gebracht hatte, wie sich später herausstellen soll.

Ungefähr ab Oktober 2017 schlägt auch das Drama um den Sonderbeauftragten der Untersuchung gegen Trump, den ehemaligen FBI Chef Robert Mueller, ständig neue Kapitel auf.

Der 'Deep State' und der 'Special Counsel'

Nachdem das falsche und kriminelle Anti-Trump Dossier 2016/17 bewusst seine Kreise zog und der damalige FBI Direktor James Comey nach seinem **Rücktritt auf Anraten des Justizministers und des obersten Staatsanwaltes** mit darauf folgenden Memos und Presseberichten - sowie dem schmutzigen Dossier im Hinterkopf - der amerikanischen Öffentlichkeit sowie **dem FBI eine Untersuchung der Sache geradezu aufdrängt**, wurde vom Senat der USA und besonders dem wohl größtem Gegenpol Trumps,

dem Demokraten **Chuck Schumer**, eine gerichtliche Begutachtung der vom Dossier behaupteten, angeblichen russischen Verwicklungen der Kampagne Trumps in Auftrag gegeben; nicht lange nach der Verteidigung des US-Präsidenten im Januar 2017.

Für die Ernennung des Leiters einer solchen Untersuchung wäre eigentlich der damalige Justizminister Jeff Sessions persönlich verantwortlich gewesen. Dieser zieht sich jedoch auf Druck des quasi-kriminellen Dossiers sowie der Demokraten und einiger Anti-Trump Republikaner mit der Begründung zurück, dass er mehrere Male Sergey Kislyak, Botschafter Russlands, getroffen habe und er deshalb womöglich befangen sein könnte. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Dana Boente übernimmt für einen kurzen Zeitraum von rund vier Monaten die Verantwortlichkeiten von Jeff Sessions. Während dieser Zeit **unterschreibt Boente ein paar Spionagebefehle** gegen Trump-Offizielle und ehemaligen Mitgliedern dessen politischer Kampagne. Schließlich übernimmt im April 2017 der zweite Mann im Justizministerium, der **oberste Staatsanwalt Rod Rosenstein** und ernennt seinen langjährigen Vorgesetzten Robert Mueller - guter Freund von James Comey übrigens - als Sonderbeauftragten für alle weiteren Untersuchungen bezüglich der angeblichen russischen Einflussnahmen auf die Trump-Kampagne.

Rod Rosenstein, Robert Mueller und James Comey sind laut Insidern Paradebeispiele für den immer wieder kritisierten, sog. 'Deep State', also einer Schattenregierung in den USA, die die eigentlichen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen fällen möchte und hinter verschlossenen Türen die konstitutionelle Republik aushebeln will, so die Vorwürfe mittlerweile vieler in den USA. In diesem Zusammenhang wäre die Ehefrau des obersten Staatsanwaltes in den USA - **Rod Rosensteins Gattin Lisa Barsoomian** - zu nennen, eine bekannte Anwältin in Washington, DC. Lisa ist für die Kanzlei R. Craig Lawrence tätig, welche von 1991 bis 2017 Hillary Clinton in siebzehn Rechtsfällen geholfen hat, Bill Clinton vierzig Mal, Barack Obama fünfundvierzig Mal, James Comey fünf Mal und Robert Mueller drei Mal.

Als weiteres Beispiel für die Aktivitäten des 'Deep State' könnte auch die Angelegenheit um Hillary Clintons ungesicherten Email-Server-Computer dienen, auf denen unter Verschluss zu haltende Informationen gefunden wurden, die Menschen in Lebensgefahr hätten bringen können. Der im Januar 2017 entlassene FBI Direktor James Comey war es neben anderen hier, der **Hillary Clinton in der illegalen Email-Server Angelegenheit entlastete**, noch bevor die Untersuchung abgeschlossen und die ehemalige Außenministerin vom FBI überhaupt befragt worden war.

Robert Mueller und Kollegen beginnen ihre Arbeit bezüglich der Sache. Am 30. Oktober 2017 wird Strafbefehl gegen Trumps ehemaligen Kampagnenleiter Paul Manafort erwirkt, dies zumeist aus finanziellen Gründen, da Gelder über eine Firma aus Zypern in die USA gelangten, ohne vorher angemessen deklariert worden zu sein. Der Anwalt von Paul Manafort weist die von Mueller formulierten Anklagen **noch am selben Tag ziemlich empört zurück**. Bereits Ende Juli 2017 klopfte das **FBI bei Manafort mit einem Durchsuchungsbefehl** an, aber nicht an der Haus- sondern gleich an der Schlafzimmertür. Dies zudem nicht nur zu sehr früher Morgenstunde, sondern interessanter Weise **auch gleich noch eine ganze Woche, bevor der oberste Staatsanwalt Rod Rosenstein** den Sonderberater Robert Mueller als Leiter für die angeblichen Einflussnahmen Russlands auf die Trump Kampagne bestellte.

Überhaupt geistern wage Vorstellungen bezüglich des Sonderberaters durch die Gegend, nicht nur in den USA. Denn im US-Justizministerium ist seit spätestens 1972 bekannt, dass **ein US-Präsident gar nicht verurteilt werden kann**, da eine solche seine exekutiven Fähigkeiten behindern würde. Untersuchungen des US-Justizministerium können eventuell und lediglich zu einem Amtsenthebungsverfahren führen;

ein politisches Unterfangen, dass im Kongress beschlossen werden muss - mit Dreiviertel aller Stimmen.

Interessant am Strafbefehl gegen Paul Manafort ist, dass Robert Muellers eigentlich unter Verschluss zu haltende Anklageschrift drei Tage vorher in der Presse landet - eine in höchstem Maße rechtswidrige Handlung des sogenannten 'Special Counsel'. Die linksliberale Presse indes freut sich und kann sich auf globalem Level ein Wochenende lang über die kommende Festnahme am Montag Morgen genüsslich vorbereiten. Neben Manafort wird ein griechischer, freiwillig agierender Berater aus Trumps Kampagne angeklagt, weil dieser dem FBI angeblich falsche Aussagen überbracht habe. Ein **Professor aus Malta mit Namen Mifsud** meldet sich daraufhin zu Wort und bezeichnet die auch gegen ihn gerichteten Anklagen und Aussagen in Zusammenhang mit Papadopoulos als „große Lachnummer“.

Einige Monate später kündigt Papadopoulos an, dass er nach **seiner Anhörung vor dem US Kongress** und neuen Erkenntnissen in der gesamten Angelegenheit gedenke, seinen Schuldspruch mit dem 'Special Counsel' aufzuheben und **im Gegenzug selber zu klagen** plane, um die Sachverhalte bezüglich Halper, Mifsud, Alexander Downer und **den Beginn der gesamten Untersuchung** durch das FBI aufzuklären. **George Papadopoulos' Interview vom November 2018** diesbezüglich ist ausgesprochen hörenswert, ebenso wie seine **Aussagen vor dem US-Rechtsausschuss** von Oktober 2018.

Weitere, mehr als zweifelhafte Handlungen von Rod Rosenstein und Robert Mueller treten ans Tageslicht. **Der Senator Louie Gohmert zeigt bei einer Anhörung** des Justizministers Jeff Sessions im Kongress ein von Rod Rosenstein unterschriebenes Dokument aus dem Jahre 2014, in welchem der oberste Staatsanwalt, der Anfang 2017 Robert Mueller als Sonderberater ernennt, um die angeblichen russischen Verwicklungen von Trumps Kampagne zu untersuchen, die Anzeigen, Ermittlungen, Durchsuchungsbefehle und mehr bezüglich der damaligen Übernahme von Uranium One durch Rosatom nicht nur vom Tisch fegt, sondern per offizielles Dekret des Justizministeriums zudem unter Verschluss halten läßt.

Der Clinton-Email-Skandal und die Mitarbeiter des FBI

Am 2. November 2017 geht es weiter Schlag auf Schlag. Die nach der Kündigung von DNC Chefin Debbie Wassermann-Schulz vorübergehend eingesetzte Vorsitzende Donna Brazile geht mit **Beweisen an die Presse**, dass Hillary Clinton fast ein Jahr bevor sie überhaupt als Kandidatin der Demokratischen Partei gewählt wurde, bereits exklusive Verträge mit der Führung des DNC ausgehandelt hatte. Diese Verträge gaben ihr entschiedene Vorteile gegenüber ihrem Konkurrenten aus den eigenen Reihen, Bernie Sanders, weshalb ihre Kandidatur bereits lange vor der offiziellen Wahl der Millionen DNC Mitglieder zu einer ziemlich sicheren Sache wurde. So ähnlich sollte es dann nach Ansicht der Clintons wohl auch mit der Präsidentschaftswahl 2016 werden.

Ende November 2017 geht eine weitere Bombe durch die Presse. Der ehemalige Generalinspektor der Geheimdienste Charles McCullough III sagt aus, dass ihm 2016 von Mitgliedern der Obama-Administration angedroht wurde, gefeuert zu werden, sollte er die an ihn vom FBI weitergeleiteten **Hinweise über Top Secret Daten** auf Hillary Clintons hauseigenem - und völlig ungesichertem - Email-Server weiter untersuchen wollen.

Am 29. November 2017 muss dann sogar **der US-Kongress juristisch aktiv werden**. Die Anfragen einer Senatskommission an das Justizministerium sowie an das FBI in Bezug auf das Anti-Trump-Dossier und anderen Angelegenheiten werden von diesen beiden Behörden zuvor monatelang ignoriert, so dass eine

juristische Klage der Senatskommission gegen beide Behörden ergehen muss. Diese senatorischen Klagen bringen ans Tageslicht, warum der stellvertretende Direktor des FBI Peter Strzok von Sonderberater Robert Mueller im August 2017 gefeuert worden ist, was natürlich erst viele Monate später bekannt wurde. Strzok wird vorgeworfen, das **unsägliche Anti-Trump Dossier bewusst instrumentalisiert zu haben** und ist auch wegen seiner dargelegten Anti-Trump-Polemik zunächst vom FBI entfernt oder zumindest aufs Abstellgleis befördert worden.

Weitere Anti-Trump **Machenschaften innerhalb von Robert Muellers 'Special Counsel'**, welcher in knapp einem Jahr so um die 8 Millionen US-Dollar verpulvert haben wird, werden Anfang Dezember 2017 offengelegt, insbesondere brisante Details über die von Robert Mueller eingesetzten, **hochrangigen Mitarbeiter Andrew Weissmann, Bruce Ohr und Jeannie Rhee**.

Am 12. Dezember 2017 kommt ans Tageslicht, dass dazu noch Nellie Ohr, die Ehefrau des nur vier Türen vom Büro des obersten Staatsanwalt der USA entfernt sitzenden Bruce Ohr, **im Jahre 2016 bei Fusion GPS gearbeitet habe**. Und weiter geht es mit Andrew McCabe, Deputy Director des FBI, **Vorgesetzter von Bruce Ohr** sowie Terry McAuliffe, dem ehemaligen Parteivorsitzenden der US-Demokraten:



Und schließlich wird am 13. Dezember 2017 endlich Rod Rosenstein in die Senatskommission gerufen, um unter Anderem darüber seine Meinung abzugeben, ob der sog. Sonderberater Robert Mueller nicht doch endlich lieber abgesetzt werden sollte. Man fragt sich unweigerlich, **warum Rod Rosenstein noch immer keinen Grund dafür findet**, dass es notwendig wäre, Robert Mueller wegen seiner immer deutlich werdenden **Voreingenommenheit als Leiter der Sonderermittlung** zu entfernen. Der oberste Staatsanwalt Rosenstein aber **weigert sich in der Öffentlichkeit preiszugeben**, wie die Berufung des Special Counsel überhaupt zustande gekommen ist und auch wie es dazu kam, dass Robert Mueller trotz seiner **vorherigen Tätigkeit bei der Anwaltskanzlei WilmerHale** einen Freibrief für die Tätigkeit als Sonderberater trotz offen liegender Interessenskonflikte bekam. Denn zur gleichen Zeit, als Robert Mueller leitender Angestellter bei der Anwaltskanzlei gewesen ist, war WilmerHale auch für Paul Manafort und Jared Kushner aktiv. Und immerhin war Robert Mueller dort direkt in einem Projekt eingebunden, in dem auch US-General Michael Flynn tätig gewesen ist, welcher Anfang Dezember 2017 wegen angeblicher Falschaussagen gegenüber dem FBI durch Sonderberater und Ex-Kollegen Robert Mueller angeklagt wurde.

Wie dem auch sei, ein paar Tage nach Rosensteins freundlichen, aber recht nichtssagenden Mitteilungen vor dem US-Kongress, wird die Trump Administration aktiv gegen Robert Muellers 'Special Counsel'. **In einem Brief von Trumps rechtlichem Team**, das den Übergang von Obama zur neuen Administration

regelte, heisst es, dass Muellers Sonderberater-Team widerrechtlich tausende Email-Dokumente jeglicher Art und ohne vorherige Benachrichtigung oder Genehmigung beschlagnahmte, inklusive Laptops und Mobiltelefone. Diese Anklagen sind umso brisanter, da in dem Schreiben von Trumps Anwälten angemahnt wird, dass einige dieser unter Verschluss zu haltenden Informationen durch den 'Sonderberater' sogar noch widerrechtlicher an die Öffentlichkeit gelangten.

Am 20. Dezember 2017 wird FBI Deputy Direktor **Andrew McCabe hinter verschlossenen Türen des US-Kongresses** für mehr als sieben Stunden befragt. Laut Teilnehmern war der Zeuge ein für die Demokraten ausgesprochen freundlicher FBI-Mitarbeiter, **der auch darüber befragt wurde**, was er sich dachte, als herauskam, dass Clintons Polit-Kampagne beim DNC für das schmierige und unverifizierte Anti-Trump Dossier bezahlt habe. Über eine solche Anteilnahme des DNC könne er sich nicht erinnern, so McCabe, von dem jedoch unterschriebene Dokumente existieren, die belegen, dass er sehr wohl über diese Sachverhalte wusste.

Die Uranium One Angelegenheit **erreicht langsam auch das US Justizministerium**, nicht dass man dort unbedingt voller Elan wäre, sich der Sache anzunehmen. Im Dezember 2017 wird bekannt, dass man unter Umständen im US-Justizministerium Interesse daran hätte, die Dinge etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Insbesondere wären die **Sachverhalte bezüglich des Exports von Uran aus den USA nach Kanada** interessant, so das Department of Justice (DOJ).

Die Kongress-Missachtungen

Am 28. Dezember 2017 schreibt US-Kongressmann Devin Nunes **ein sehr lesenswertes und in seiner Art fast schon historisches Dokument** an den obersten Staatsanwalt der USA Rod Rosenstein. In diesem verlangt er - nach mehrfachen Verzögerungen beim US-Justizministerium - die Herausgabe von wichtigen Dokumenten bezüglich der Sachverhalte beim und um den Special Counsel mit Bezug auf Bruce Ohr, Lisa Page, Peter Strzok und weiteren Personen. Andere Kongressmänner müssen androhen, **bei weiteren, vorsätzlichen und manipulativen Behinderungen des US-Kongresses** den oberen Verantwortlichen beim FBI und dem Justizministerium Strafmaßnahmen anzudrohen.

In den ersten Tagen des Jahre 2018 scheint sich langsam zu offenbaren, dass der Bumerang seinen Umkehrpunkt überwunden und nun in Richtung der eigentlichen Werfer zurückfliegt. Paul Manafort **reicht am 4. Januar 2018 über seine Anwälte eine Klage** gegen den Special Counsel mit der Begründung ein, dass die Ermittlungen sowie die Anschuldigungen des Sonderermittlungs-Teams als „unmoored“ - ein Begriff aus der Schifffahrt und welcher mit „losgetaut“ übersetzen werden kann - einzustufen seien.

Auch neue Erkenntnisse über Fusion GPS kommen ans Tageslicht. Nachdem ein Gericht in den USA den Zugriff auf deren Bankkonten zugelassen hat, geht man bei Fusion GPS in die Offensive und meint, das dies unberechtigte Handlungen seien, man bei Fusion GPS das echte und wirkliche 'Opfer' bei all den vielen Russland-Ermittlungen wäre. Daraufhin geht **ein Journalist aus Venezuela an die Presse**, der die Öffentlichkeit nochmals über die Praktiken von Fusion GPS aufklärt. Zudem kommt ans Tageslicht, dass **Fusion GPS nicht nur Journalisten bezahlt hat**, sondern auch Medienunternehmen.

Das US-Justizministerium wird nun auch aktiver und eröffnet **eine neue Untersuchung der Clinton Stiftung** in Little Rock, Arkansas und deren fragwürdige, **geldliche Zuwendungen im Zusammenhang mit Uranium One** aus allen möglichen Ecken der Welt.

Am 9. Januar 2018 gibt es ein weiteres, denkwürdiges und nicht minder interessantes Ereignis. Die bekannte kalifornische Senatorin Dianne Feinstein (US-Demokratin) veröffentlicht die Besprechungsprotokolle der ursprünglich hinter verschlossenen Türen begangenen Vernehmung von Fusion GPS Gründer Glenn Simpson vom Dezember 2017. Als sowohl der für Simpsons Vernehmung zuständige Kommissionsvorsitzende Senator Grassley und auch US-Präsident Trump Feinsteins Veröffentlichung auf das Schärfste kritisieren, **rudert die kalifornische Senatorin zwei Tage später zurück** und meint plötzlich, dass wohl die extreme Kältewelle an der Ostküste und deshalb eine Grippe sie dazu veranlasst hätten, die Protokolle ohne vorherige Genehmigung des Vorsitzenden an die Presse weiterzureichen. Die Absicht Feinsteins, nämlich alle weiteren FBI, DOJ und andere Zeugen für zukünftige Befragungen vor dem Kongress vorab zu informieren, um widersprüchliche Aussagen bei diesen zu verhindern, wurde indes von ihr unwiderruflich erreicht.

Die kalifornische Senatorin will der Öffentlichkeit und der Presse unterdessen weiter klarmachen, dass sie **im Auftrag der Anwälte von Fusion GPS gehandelt habe**, als sie die Protokolle der Öffentlichkeit zugänglich machte - die Befugnisse und den Auftrag der Senatskommission des US-Kongresses, die die Vernehmung von Simpson angeordnet hat, dabei weiter komplett ignorierend, ganz so als würde es keine US-Verfassung und damit auch keinerlei Rechte des Kongresses mehr geben.

Am 11. Januar 2018 gibt es **neue Nachrichten über DOJ Mitarbeiter Bruce Ohr**, der von weiteren Aufgaben entbunden wird. Dabei wird bekannt, dass er nicht nur über seine Frau mit Fusion GPS verbunden war, da diese dort als Russlandspezialistin angestellt war, sondern Bruce Ohr auch gleich noch mit dem **Projekt Cassandra**, in dem er Aufsichtsaufgaben wahrnahm. Es wird weiterhin bekannt, dass Ehefrau **Nellie Ohr im Mai 2016 sich um eine abhörsichere Leitung** bei der NSA beworben hatte, wohl um Informationen ihres Ehemannes aus dem Department of Justice und dem FBI sicher an Fusion GPS und wieder zurück zu leiten. Weiterhin kommt später heraus, dass der ranghohe Angestellte des Justizministeriums Bruce Ohr auch dann noch **in engem Kontakt mit dem Autor des schmutzigen Anti-Trump Dossier** Christopher Steele und Fusion GPS stehen musste, nachdem man beim FBI die Zusammenarbeit mit Steele wegen dessen falschen Aussagen abbrach. Nellie Ohr gibt ebenso zu, **unter anderem in die Reisepläne von Ivanka Trump** im Rahmen der Untersuchungen gegen Trump eingesehen zu haben.

Zudem wird bekannt, dass Bruce Ohr **bereits im Sommer 2016 das FBI und das US-Justizministerium** über die politisch - wenn nicht kriminell - motivierte Finanzierung des Steele-Dossier durch und über Hillary Clintons Politikampagne informierte. Diese Umstände setzen Anfang 2019 offensichtlich **eine Kriminaluntersuchung von Mitarbeitern des US-Justizministeriums** in den USA in gang, da maßgeblich aufgrund des Steele-Dossiers **ab Oktober 2016 die sog. 'FISA'-Gerichte in den USA** Überwachungsanträge für Mitarbeiter von Trumps Präsidentschaftskampagne genehmigten und mehrmals erneuerten, auch durch Absegnung des ehemals obersten Staatsanwalt in den USA, Rod Rosenstein. **Bruce Ohr informierte bereits damals schon Andrew Weissman und Zainab Ahmad** über das politisch-motivierte und durch das DNC finanzierte Anti-Trump-Dossier, beide werden später Schlüssel-Mitarbeiter von Robert Muellers 'Special Counsel'.

Selbst Christopher Steele, Autor des schmutzigen Dossiers, schien später besorgt zu sein über die Offenlegungen der Sachverhalte bezüglich seiner Tätigkeit. Laut Regierungsquellen teilte der britische ex-MI6-Spion in einer **Textnachricht vom 18. März 2017** Bruce Ohr folgendes mit:

Hallo ! Ich wollte anfragen, ob es irgendwelche Neuigkeiten gibt ? Wir sind verständlicherweise ein wenig besorgt angesichts des angesetzten Termins einer Ladung [des damaligen FBI-Direktors James

Comey] vor dem Kongress am Montag. Hoffentlich halten die wichtigen Brandschutzmauern stand.
Vielen Dank !

Im Januar 2018 wird weiter bekannt, dass das Justizministerium in den USA **eine erste Anklage im Uranium One Fall** gegen einen Vorgesetzten einer Firma für Nukleartransporte erhoben hat. Genaue Details lassen dabei erblicken, dass der Richter in dieser Anklage Theodore Chuang ist. Chuang ist von Obama nominiert worden, war zur gleichen Zeit mit diesem an der Harvard Universität und einer der ersten Richter, der 2017 gegen Trumps Einreiseverbot für einige muslimische Länder klagte. Weiterhin wird bekannt, dass Chuangs Richter-Ernenennung aus dem Jahre 2014 **gegen sämtliche Stimmen komplett aller Republikaner** im Senat erfolgte und Chuang massgeblich einer der wichtigsten Beteiligten in der **Behinderung der Aufklärung des Terrorattentates 2012 in Benghazi** gewesen ist.

Am 19. Januar 2018 erreicht man bei Fox News die russische Rechtsanwältin Veselnitskaya in Moskau, die vor der Wahl im Jahre 2016 einige Mitarbeiter aus Trumps Kampagnengruppe getroffen und gesprochen hatte. Sie wurde immer wieder in allen möglichen Berichten und Dokumenten als russische Kollaborateurin für Trump karikiert, dies wegen eines eher bedeutungslosen Treffens mit Vertretern der Trump-Kampagne am 9. Juni 2016. **In diesem Interview** bestätigt sie jedenfalls die Abartigkeit des Anti-Trump Dossiers und sagt weiter aus, dass sie bis dato nicht vom Special Counsel bezüglich ihrer Kontakte mit Trumps Team befragt worden ist.

Veselnitskayas Treffen mit dem Trump Team von 2016 gelangt später in ein anderes Licht, als nach weiteren Aussagen von Fusion GPS Gründer Glenn Simpson herauskommt, dass dieser mit Veselnitskaya **am Abend vor und nach ihrem Treffen im Trump Tower** am 9. Juni 2016 zusammen dinierte. Sogar Hinweise darauf, dass die russische Anwältin **direkt mit der zweifelhaften Beratungsfirma Fusion GPS zusammenarbeitete** gibt es. Rob Goldstone, der Mann der als Kontaktperson das Treffen zwischen Anwältin Veselnitskaya mit Donald Trump Jr., Jared Kushner und Paul Manafort am 9. Juni 2016 ermöglichte, bestätigt, dass **Veselnitskaya zwei weitere erfolglose Anfragen** zu Treffen mit dem Trump Team stellte - eine nach dem Gewinn der Wahl Trumps, eine weitere nach dessen Vereidigung im Januar 2017. Im Oktober 2018 kommt laut Presseberichten aus Russland dessen oberster **Staatsanwalt Karapetyan bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben**. Dieser hatte enge Verbindungen zur Anwältin Veselnitskaya und stand **zusammen mit ihr in der Kritik**, weil beide zuvor laut Berichten aus der Schweiz versucht hatten, einen Beamten dort im Rahmen eines russischen Korruptionsfalles zu bestechen.

Mit welchen Methoden man auf demokratischer Seite nicht zögert, ein eher belang- und wirkungsloses Treffen im Trump Tower vom 9. Juni 2016 auch nach sämtlichen Aufdeckungen bezüglich der auch hier aufgezeigten Sachverhalte zu instrumentalisieren, wird anhand **eines lesenswerten Schreibens des republikanischen US-Senators Chuck Grassley** vom 3. Dezember 2018 an den US-demokratischen Senator Richard Blumenthal deutlich:

Erstaunlicherweise zitieren Sie eine weitere Behauptung, die eine schwerwiegende Presse-Rücknahme nach sich zog. Sie beziehen sich auf einen CNN-Artikel von Juli 2018, um daraus zu schließen, dass Herr Trump Jr. gelogen habe könnte, als er aussagte, dass er seinen Vater nicht vorab von dem Treffen am 9. Juni 2016 [mit der russischen Anwältin Veselnitskaya] im Trump Tower informiert hätte. Dieser CNN-Artikel zitiert eine anonyme Quelle, um zu behaupten, dass Herr Cohen [ex-Anwalt von Donald Trump] angeblich beobachtete, wie Herr Trump Jr. seinen Vater darüber vorab informierte. Diese anonyme Quelle wird später als Lanny Davis, Cohens Anwalt, identifiziert, der später diese

Behauptung in einem bizarren Medienspektakel zurücknimmt und welches ihr Büro anscheinend verpasst hat.

Mitte Januar 2018 werden weitere **Textaustausche zwischen Peter Strzok und seiner hochrangigen Freundin** beim Justizministerium, Lisa Page, bekannt. Diese belegen, dass jemand schon vorher wusste, dass sie von einer Anklage wohl bezüglich der Email-Server-Angelegenheit entlastet werden würde:

Peter Strzok: „Zeitlicher Ablauf sieht höllisch aus“

Lisa Page: „Ja, das ist ganz schlecht“

Lisa Page: „Es ist ein mutiges Profil, da sie bereits weiss, dass keine Anklage gegen sie erhoben wird“

Weil die **Textmeldungen zwischen Strzok und Page** so inhaltsvoll sind, gibt das FBI Ende Januar 2018 auch gleich bekannt, dass **sämtliche zwischen den beiden ausgetauschten Textmeldungen vom 1. Dezember 2016 bis zum 17. Mai 2017** aus technischen Gründen angeblich verloren gegangen seien, um diese dann ein paar Tage später doch irgendwie wieder ausfindig machen zu können. Die fünfmonatige Zeitspanne ist deshalb interessant, weil dies die Übergangsmomente der neuen US-Administration gewesen ist und Robert Mueller genau am 17. Mai 2017 als 'Special Counsel' ernannt wurde. Ein **Bericht des senatorischen US Ausschusses für Heimatschutz** und Regierungsangelegenheiten vom 7. Februar 2018 u.A. bezüglich der Strzok/Page Textaustausche im Hinblick auf den Clinton Email-Server Skandal ist ausgesprochen lesenswert (**deutsche Version hier**).

Nachdem man die angeblich **verloren gegangenen Textnachrichten zwischen Peter Strzok und Lisa Page** wieder ausfindig gemacht hatte, wurde einige Monate später auch klar, warum man diese beim FBI verschwinden lassen wollte:

Peter Strzok: „Unsere Schwestern [CIA] haben wie verrückt damit begonnen, [Informationen] an die Presse durchsickern zu lassen. Verachtet und besorgt und politisch, laufen Sie auf Hochtouren“

Später werden nicht nur Peter Strzok und Lisa Page aus ihren Ämtern entfernt, sondern **Ende 2018 auch Bill Priestrap**, deren Vorgesetzter.

Am 29. Januar 2018 wird auch **Andrew McCabe** von seinem Posten als zweiter Mann des FBI zunächst entfernt. Keine sonderliche Überraschung angesichts der vielen Offenbarungen bezüglich seiner politischen Vorurteile.



Dass der Bumerang weiter zum ursprünglichen Werfer zurück kehren möchte, wird auch dadurch deutlich, dass Mitte Februar 2018 die Nachricht durch die Medien geht, dass die Ehefrau von Andrew McCabe zeitnah mit einer FBI Untersuchung geldliche Unterstützung für ihre Polit-Kampagne bekam. Nicht lange nach dem Moment, als FBI Direktor James Comey Clinton von der Verantwortung bezüglich der ungesicherten Emails auf ihrem noch ungesicherterem Server freisprach - eine Untersuchung, **von dessen Beteiligung sich Andrew McCabe** erst wenige Tage vor den US-Präsidentchaftswahlen im November 2016 distanzierte -, **erhielt McCabes Ehefrau ca. 1,25 Millionen US-Dollar** von engen Clinton Unterstützern.

McCabe wird dann auch Mitte März 2018 genau zwei Tage vor dem Beginn seiner Rente mit entsprechend hohen monatlichen Zahlungen unehrenhaft aus dem FBI vom Justizminister entlassen, so dass es wahrscheinlich keine monatlichen Beträge für ihn geben wird. Doch der hochrangige ex-FBI-Mann mit einem in seiner Karriere bisher angesammelten **Vermögen von ca. 11 Millionen US-Dollar** sieht sich trotz seiner mehrfach belegten und **durch den Report des Generalinspektors bestätigten Handlungen** als 'Leaker' weiterhin als Opfer. So **gibt McCabe u.A. folgendes** nach seiner Kündigung zwei Tage vor dem Beginn seiner Rente an:

Dies ist Teil des weiterhin führenden Kriegs dieser [Trump] Administration gegen das FBI und den Bemühungen des Sonderberaters, der bis heute weiter arbeitet. Das Festhalten an dieser Kampagne verdeutlicht nur noch mehr die Notwendigkeit der Arbeiten des Sonderberaters.

Es wird sogar eine 'GoFundMe'-Kampagne für den Multi-Millionär Andrew McCabe im Internet initiiert, welche **innerhalb weniger Tage knapp 500.000 US-Dollar sammelt**, damit dieser „seine Rechtsanwaltskosten decken kann“.

Die senatorischen Memoranda

Ende Januar 2018 wird ein vierseitiges, bis dato unter Verschluss gehaltenes Memorandum für zunächst nur ausgewählte Mitglieder des Kongresses zugänglich gemacht und welches als „beschämend“, „hochexplosiv“ und so inhaltsvoll beschrieben wird, dass es hochrangige Mitarbeiter des Justizministeriums und des FBI **in Verruf bringen könnte**. Dass das Dokument es in sich hat, wird auch dadurch deutlich, dass einige US-Demokraten im Kongress wie Dianne Feinstein und Adam Schiff (beide aus Kalifornien) **offizielle Statements zuvor abgaben** dass jeder, der das Memorandum veröffentlicht haben wolle, mit Russland verstrickt sei. Die beiden forderten die ebenso in Kalifornien ansässigen CEOs von Twitter und Facebook ganz offiziell und völlig ungeniert auf, Konten von Benutzern sperren zu lassen, die sich mit der entsprechenden #ReleaseTheMemo Aktion auf Twitter verbinden würden - ganz so als wäre es wieder 1933, aber diesmal in den USA.

Auch das FBI und das Justizministerium **sträuben sich mit Händen und Füßen** gegen eine Veröffentlichung des Memorandums, soweit, dass **ein weiteres, offizielles Statement der betreffenden Senatskommission** am 31. Januar 2018 herausgegeben werden muss. Darin heisst es:

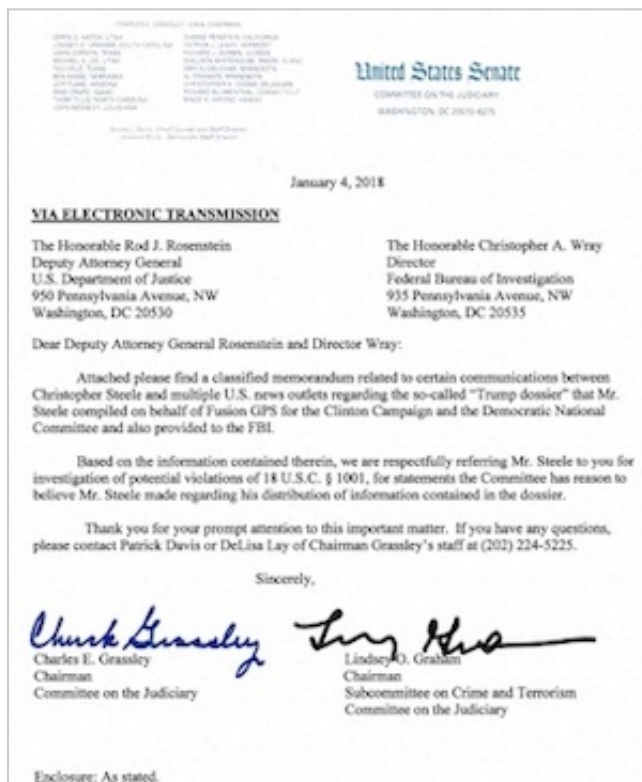
Nachdem Informationsanfragen des Kongresses seit bald einem Jahr wie eine Mauer abgeblockt wurden, ist es keine Überraschung, dass das FBI und das Justizministerium (DOJ) fadenscheinige

Einwände dagegen vorbringt, dass die amerikanische Öffentlichkeit über die Überwachungsmissbräuche dieser Behörden informiert wird. Das FBI ist geübt in 'Materialunterdrückungen' bei deren Vorsprachen im Kongress, als auch bei den Gerichten und sie sind nunmehr dazu eingeladen, in größtmöglichem Umfang alle Sachverhalte über diese Missbräuche öffentlich darzulegen.

Ungeachtet dessen ist klar ersichtlich, dass hochrangige Leitungskräfte ungeprüfte Informationen in einem Gerichtsdokument benutzten, um damit eine Gegenspionage-Untersuchung während einer amerikanisch-politischen Kampagne durchzuführen. Sobald die Wahrheit herauskommt, können wir entsprechende Schritte einleiten um sicherzustellen, dass unsere Spionagebehörden und Gerichte niemals wieder in dieser Art und Weise missbraucht werden.

Schliesslich wird am 2. Februar 2018 gegen 18:30 Uhr das heissdiskutierte Memorandum veröffentlicht (deutsche Übersetzung hier). In diesem werden schwere Vorwürfe gegen sowohl hochrangige Mitarbeiter des FBI und des Justizministeriums erhoben, als auch gegen den Autor des Anti-Trump Dossiers Christopher Steele. Diesem werden durch das Dokument nicht nur Einflussnahmen auf das US-Justizministerium, sondern auch direkte Manipulationen von Medienvertretern angelastet.

Ein paar Tage später wird ein weiteres Memorandum zur Veröffentlichung vorbereitet, diesmal durch die Senatoren Grassley und Graham (deutsche Übersetzung hier). In diesem wird aufgezeigt, dass Christopher Steele Verbindungen zum State Department hatte und von Clinton Freunden dort fleissig mit Verleumdungen gefüttert wurde. Es wird bekannt, dass Steele sogar ein zweites Dossier gegen Trump angefertigt hatte, welches ebenso zur widerrechtlichen Sicherung von Abhörberechtigungen gegen Trumps Mitarbeiter missbraucht wurde. Solche Bespitzelungen mit dem Ziel Trump fanden z.B. über Carter Page statt, der wohl deshalb ins Kreuzfeuer gelangte, weil dieser einen Vortrag in Moskau hielt und Beschwerden gegen Clinton und FBI Direktor James Comey schrieb.



Der Name Sid Blumenthal fällt kurz danach ebenso, ein langjähriger Clinton Vertrauter, der auf der **Gehaltsliste der Clinton Foundation stand** und lange Zeit von Libyen aus das State Department mit Informationen auch in Zeiten von Benghazi versorgte.

Das Grassley-Graham Memo konnte nicht einfach so in freundlicher Weise ein paar Tage nach dem Nunes-Memo von der Kommission angefertigt werden, sondern zuvor mussten von Senator Grassley wochenlang die betreffenden Dokumente eingefordert und letztlich auf **Androhung von weiteren Maßnahmen des US-Kongresses** gegen das FBI und DOJ am 6. Februar 2018 zur Herausgabe faktisch erzwungen werden.

Der Uranium-One-FBI-Informant Douglas Campbell hat am 8. Februar 2018 endlich auch die Möglichkeit, **vor mehreren Komitees des US-Kongresses auszusagen**, dies bezüglich seiner Rolle als vom FBI-bezahlter Geschäftsmann, der in die Übernahmegeschäfte zwischen Uranium One und Rosatom eingeschleust wurde. Campbell sagt dort aus, dass an die US-Lobby-Firma APCO Worldwide, mit vielen Clinton Unterstützern als Angestellten dort, 3 Millionen US-Dollar von russischen Offiziellen bezüglich der Nukleargeschäfte geflossen sind.

Dianne Feinstein, George Soros und der Oligarch und das Mädchen

Mitte Februar 2018 geht es weiter Schlag auf Schlag. Zunächst kommt ans Tageslicht, dass einer der Senatoren der Demokraten mit Namen Mark Warner, der ganz zufällig auch noch Mitglied im US-Ausschuss für Geheimdienstangelegenheiten war, **in Kontakt mit einem Verbindungsmann des russischen Oligarchen Oleg Deripaska stand**, welcher Warner vertraulich anbot, nochmals Kontakt mit Christopher Steele aufzunehmen, da dieser weitere Anti-Trump Informationen hätte. Man „solle keine Papierspuren hinterlassen“, so **eine der Antworten von Warner**, der bereits 2009 und 2010 mit einem exklusiven, monatlichen 40.000 US-Dollar Vertrag mit Deripaska auf sich aufmerksam machte. Warners Verbindungsmann zu Deripaska, dessen Anwalt Adam Waldmann, wird dementsprechend auch von **Senator Grassley am 26. Februar 2018 angeschrieben**, eine Reihe von Fragen bezüglich Christopher Steele sowie zu dessen Verbindungen zum russischen Oligarchen zu beantworten (**deutsche Übersetzung hier**).

Ebenso kommt heraus, dass ein ehemaliger Vertrauter und **enger Mitarbeiter der bekannten Demokraten-Senatorin Dianne Feinstein mit Namen Daniel J. Jones** in Verbindung zu Christopher Steele und Fusion GPS stand, welches darauf schließen lässt, dass die kalifornische Senatorin zumindest eine der Dreh- und Angelpunkte der Anti-Trump-Maschine gewesen sein könnte. Diese These wird unterstützt durch einen überraschenden, **von Oleg Deripaska höchstpersönlich auf DailyCaller.com veröffentlichten Artikel** vom 8. März 2018, in dem der Oligarch schreibt, dass Feinsteins enger Mitarbeiter Daniel Jones - ehemaliger FBI Angestellter übrigens - selbst für Fusion GPS tätig war und gegenüber Deripaskas Anwalt Waldman aussagte, dass Fusion GPS eine „schattenhaft agierende Medienorganisation und für Regierungen tätig“ sei. Fusion GPS werde finanziert „von einer Gruppe von Silicon Valley Milliardären und George Soros“, so schreibt Deripaska habe es Jones gegenüber Waldman und Letzterer auch am 3. November 2017 dem US-Senatsausschuss für die Geheimdienste dargelegt.

Interessant ist, dass etwa zur gleichen Zeit dieser Entwicklungen in den USA **ein Bericht des russischen Oppositionspolitikers Alexey Nawalny im Internet gezeigt** wird, in dem Verbindungen von Oleg Deripaska mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der russischen Föderation Prichodko - dem

Mann, der engste Verbindungen zu Vladimir Putin besitzt - unter etwas ungewöhnlichen und schleierhaften Umständen aufgezeigt werden, die man wohl lieber von vornherein nicht so ganz ernst nehmen sollte. Jedenfalls ist es mehr als auffällig, einem russischen Escort-Mädchen bei einem etwas sensiblen Ausflug auf Deripaskas Yacht in Norwegen, bei dem zufällig auch Prichodko anwesend ist, zu erlauben, ein Smartphone nicht nur mitnehmen zu dürfen, sondern dieses auch noch mehr oder weniger nach Belieben zu gebrauchen.

Auch Victoria Nuland, ehemalige US Assistant Secretary of State wird im obigen Video von Nawalny übrigens erwähnt. Sie hatte **frühzeitig Wissen über das Steele Dossier** (ab Minute 34:20). Zudem wird bekannt, dass sie **enge Verbindungen** zu einem hochrangigen Diplomat von Bill Clinton mit Namen Strobe Talbott hatte. Dessen Schwager wiederum ist Cody Shearer, ein stets den Clinton loyaler Mitarbeiter, der nicht nur in Washington, DC für seine Hilfen für die Clintons bekannt - wenn nicht weltberühmt - ist.

Erstaunlicher Weise wird auch der Sonderberater Robert Mueller in Verbindung mit Deripaska gebracht. Im Jahre **2009 wurde der Oligarch vom FBI unter der Leitung von Mueller gebeten**, geldliche Unterstützung für die Befreiung des US-Amerikaners Robert Levinson aus dem Iran bereitzustellen. Deripaska spendete auch auf direkte Unterweisung von FBI Director Andrew McCabe einige Millionen US-Dollar, weil er geschäftlich im Iran aktiv war und das FBI nicht direkt dort agieren konnte. Doch in letzter Minute zog die damalige Secretary of State Hillary Clinton ihre Erfolgsansprüche zurück. Es wurde nichts aus der lange und intensiv vorbereiteten Austauschaktion für Levinson, der seit einer fehlgeschlagenen CIA-Aktion aus dem Jahre 2007 im Iran festgehalten wird.

Aus irgendwelchen Gründen wird insbesondere auch die Ukraine Mittelpunkt des Anti-Trump-Dossiers, insbesondere Alexandra Chalupa und oben erwähnte Victoria Nuland. Chalupa, ukrainisch-amerikanischer Abstammung und enge Mitarbeiterin der US-Demokraten **machte sich spätestens im Jahre 2015 auf, um Untersuchungen bezüglich Paul Manafort anzustellen**, welcher von Donald Trump als Wahlkampfleiter nach seiner Nominierung als Präsidentschaftskandidat im Jahre 2015 hinzugezogen wurde. Paul Manafort ist in der Ukraine durch seine enge Verbindungen zum ehemaligen ukrainischen Präsidenten Yanukovych bekannt, der ungefähr zwei Wochen nach dem berühmten **Telefonat von 2014 zwischen Victoria Nuland und dem US-Obama-Botschafter für die Ukraine** von seinem Amt als ukrainischer Präsident entfernt wurde. Chalupa geht sowohl in der orange-gefärbten ukrainischen Regierung, als auch im US State Department ein und aus, hört dort über das Dossier von Steele, trifft Mitarbeiter von John McCain, Medienvertreter wie Michael Isikoff von Yahoo! News, beeinflusst den US-Botschafter in der Ukraine und weitere Kongressabgeordnete in den USA und **flüstert bei solchen Treffen sicher auch gerne die haarsträubenden Niederlegungen des schmutzigen Dossiers** über Trump weiter.

Später wird durch Anhörungen von Nellie Ohr bekannt, dass Politiker speziell aus der Ukraine - somit nicht aus Russland - aktiv an der Erstellung des falschen Anti-Trump Dossier beteiligt waren, ein Land, mit welchem insbesondere der Milliardär George Soros und die ex-Obama-Regierung intensivste Verbindungen besitzt:



Weiterhin wird bekannt, dass **das FBI höchstpersönlich in Berlin einem russischen Agenten 100.000 US-Dollar zahlte**, unter Anderem um an Anti-Trump Informationen zu gelangen - ein Unterfangen, das sich schnell als Finte herausstellte, wobei das FBI Geld aber in dankenswerter Weise vom russischen Spion für ein mysteriöser Weise **vom russischen Geheimdienst in den Besitz gekommenes Computer-Hacking-Werkzeug** angenommen wurde.

Ebenso um diese Zeit kommt heraus, dass **ex CIA Direktor John Brennan einer derjenigen gewesen** ist, der das schmutzige Dossier wohl am meisten vor und nach der US-Wahl von 2016 in der Obama-Regierung herumgetragen hat. Später wird zudem bekannt, dass Brennan im März 2016, also während der Höchstphase der Fusion GPS Arbeit an dem schmutzigen Anti-Trump-Dossier einen freundlichen **Besuch beim russischen Geheimdienst FSB in Moskau** machte. Brennan unterrichtete danach den ehemaligen senatorischen Leiter der Demokraten Harry Reid über die angeblichen Hilfen aus Russland für Trump. **Reid setzte damals gleich einen Brief an den damaligen FBI Direktor James Comey** auf, in dem er das FBI zu einer Untersuchung Donald Trumps auffordert, dies maßgeblich aufgrund des schmutzigen Dossiers von Christopher Steele und Fusion GPS. Reid schrieb kurz vor der Wahl 2016 folgendes:

Beweise für eine direkte Verbindung der russischen Regierung und Donald Trumps Präsidentschaftskampagne treten verstärkt hervor und haben Michael Morell, den ehemaligen Direktor des Central Intelligence Office dazu veranlasst, Trump einen 'unwissenden Agenten' Russlands und des Kremls zu bezeichnen. Die Möglichkeit der Einflussnahme einer gegnerischen Regierung auf unsere freien und fairen Wahlen ist eine der größten Gefahren unserer Demokratie seit dem Kalten Krieg und es ist für das FBI äußerst kritisch, **jedwede Resource** [!] zu nutzen, um diese Angelegenheit eindringlich und zeitnah zu untersuchen. Das amerikanische Volk hat es verdient, ein umfassendes Verständnis der Fakten zu erhalten, bevor es im November [2016] wählt.

Am 16. Februar 2018 teilt **Rod Rosenstein dann stolz der Presse mit**, dass der 'Special Counsel' nun Anklage gegen 13 zumeist in Russland verweilende Staatsbürger - somit eine Auslieferung und Verurteilung dieser Personen von vornherein ausgeschlossen - wegen verbotener Einflussnahme und Spionage erhoben hat. Eine Firma mit Namen **'Internet Research Agency' mit Sitz in St. Petersburg ist Teil der Anklage**, weil über deren 100 bis 600 Mitarbeiter große Firma angeblich massive Beeinflussungen der US-amerikanischen Bevölkerung während der letzten Wahl stattgefunden haben sollen. Dies, indem sich fest angestellte Russen dort über falsche Konten bei Twitter und Facebook anmeldeten und täuschende Nachrichten in den USA verbreiteten.

Man fragt sich unweigerlich, warum man nur zu einer solchen Anklage einen sog. 'Special Counsel' benötigt, der bis dato wohl so um die 10 Millionen US-Dollar an Ausgaben verschlungen hat. Jeder frisch gebackene Staatsanwalt in den USA wäre wohl ohne größere Umstände zu einer solchen Anklage ebenso fähig gewesen. Einige Monate später erscheinen zudem **überraschender Weise zwei Anwälte vor Gericht** und plädieren für eine der von Rosenstein und dem DOJ angeklagten russischen Firma mit Namen Concorde Management and Consulting auf nicht schuldig. Man beantragt vor Gericht, nicht-öffentliche Dokumente vom 'Special Counsel' zu erhalten und **beklagt sich darüber**, dass Robert Muellers Team gerichtliche Regeln missachten würde.

Im Oktober 2018, wird das sog. 'Projekt Lakhta' offenbart. Der **Eastern District of Virginia im Zusammenspiel mit dem FBI** klagt eine Russin mit Namen Elena Alekseevna Khusyaynova an, da diese laut Anklageschrift die Managerin von verbotenen Einflussnahmen auf die USA und anderen Ländern durch Verbreitung von falschen Nachrichten auf sozialen Netzwerken sei. Projekt Lakhta werde über oben genannte Firma Concorde Management and Consulting gesteuert, dies angeblich über Mittel des russischen Oligarchen Yevgeniy Prigozhin, den man auch 'Putin's Chef' nenne. Man wirft dem Projekt Lakhta sogar vor, **die Vorfälle in Charlottesville, Virginia**, gesteuert zu haben.

Interessanter Weise kommen einige **US Senatoren zu ähnlichen Schlussfolgerungen** bezüglich des Special Counsel und Robert Mueller, wie auch die Angeklagte in der **Anklageschrift auf Seite 18**.

Da die Offenbarungen der senatorischen Memoranda keine sonderliche Beachtungen in den Massenmedien fanden, erging am 20. Februar 2018 ein **Dokument an alle Kongressmänner und -frauen mit zehn wichtigen Fragen** bezüglich des Steele Dossiers und den versuchten Instrumentalisierungen dessen (**deutsche Übersetzung hier**). Ein **ausführlicherer Fragebogen des Rechtsausschusses** ergeht am 25. Februar 2018 dabei explizit an John Podesta, dem ehemaligen Manager der Kampagne 'Clinton for America' (**deutsche Übersetzung hier**).

Auch ein zehnsseitiges Memorandum von US-Demokraten-Politikern des US-Kongresses wurde in den Wochen zuvor vorbereitet, welches Ende Februar 2018 veröffentlicht wird und wie erwartet mehr zu einer vorsätzlichen Verwirrung denn zur wirklichen Aufklärung der ganzen Angelegenheit beiträgt. Das von einigen US-Demokraten wie zum Beispiel Adam Schiff vorbereitete Dokument wird dementsprechend auch **in seinen Einzelbehauptungen** vom Ausschuss für Geheimdienstangelegenheiten und dessen leitenden Mitgliedern des US-Kongresses **unverzüglich widerlegt** (**deutsche Übersetzung hier**).

Die traditionellen Medienvertreter schießen sich indes **weiter und weiter selbst in den eigenen Fuß**, gehen durch ihre Berichterstattungen gegen Nunes vor und verdrehen die Tatsachen in dieser Angelegenheit dermaßen, dass man schon fast nicht mehr lachen kann. Unter Umständen werden deshalb wohl auch Schritte gegen Pressevertreter notwendig werden.

Ein weiteres interessantes **Dokument wird am 1. März 2018 von Matt Gaetz**, republikanischer Kongressmann aus Florida, an den nicht nur in den letzten Monaten mit äußerst fragwürdigen Methoden agierenden Adam Schiff aus Kalifornien gesandt. Es geht um die Ernennung von Richtern des FISA-Gerichts, die immer mehr in die Kritik wegen deren instrumentalisierten und unverifizierten Genehmigungen der Überwachungsanträge geraten.

Am 28. Februar 2018 tritt die Kommunikations-Beraterin des US-Präsidenten Hope Hicks zurück, dies nachdem sie ein paar Tage zuvor vom Geheimdienstausschuss des US-Kongresses befragte wurde.

Wahrscheinlich geht es bereits jetzt schon nicht mehr um die Vergangenheit, sondern wohl eher um die nächste Wahl 2020 und für die man wohl wieder alles nur erdenkliche tun wird, um Trumps Wiederwahl zu verhindern. So kündigte Donald Trump dann auch genau einen Tag zuvor an, dass der neue Kampagnen-Chef für seine erneute Nominierung für die nächste Präsidentschaftswahl im Jahre 2020 **sein sich zumeist auf digitale Medien fokussierender Berater Brad Parscale** sein wird.

Dieser äußert sich auch gleich ein paar Wochen später über eine vom DNC am 20. April 2018 eingereichte **Klage gegen die Regierung von Russland, gegen Wikileaks und gegen die Trump Kampagne** allesamt gleichzeitig:

Dies ist ein vorgetäuschter Prozess bezüglich betrügerischer Behauptungen von russischen Einflussnahmen, aufgesetzt von einer verzweiferten, dysfunktionalen, praktisch insolventen Demokratischen Partei [in den USA].

Das schmutzige Anti-Trump Dossier wird übrigens **im Text der DNC-Klage** noch nicht einmal annähernd erwähnt.

Stattdessen wird **im Bericht vom 22. März 2018 des US-Ausschusses für die Geheimdienste** bekannt, dass auch nach der Vereidigung Trumps im Januar 2017 fleissig weiter für das Dossier bezahlt wurde - insgesamt **so um die 50 Millionen US-Dollar**, dies nicht nur vom DNC, sondern auch von sieben bis zehn wohlhabenden Individuen aus New York und Kalifornien, so verlautet der offizielle Bericht. Dieser Bericht enthält viele geschwärzte Textstellen, von denen ein paar Wochen später einige aufgeklärt werden, die dann **ein vollkommen neues Licht auf einen mehr als unverständlichen Schuldspruch** von Trumps ehemaligen nationalen Sicherheitsberater Mike Flynn werfen.



Ende September 2018 wird zudem bekannt, dass **ein für die Clinton-Kampagne und den DNC aktiver Anwalt** mit Namen Sussmann nicht nur bei Fusion GPS tätig war, sondern dieser nach der Wahl von 2016 auch gleich noch das FBI mit Informationen direkt aus dem Hauptquartier von Hillary Clinton fütterte.

Auch Senatorin Feinstein steht weiter in der Kritik, da herauskommt, dass Millionärs-Ehemann Richard Blum über dessen Investment-Unternehmen **Mit-Anteilseigner der Firma URS Corp.** ist, welche mit Verträgen in Höhe von über 4 Milliarden US-Dollar mit dem US-Verteidigungsministerium in der Vergangenheit belohnt wurde.

Paul Manafort wird später übrigens **wegen Steuerhinterziehung** in fünf Fällen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Manafort bringt keinerlei Gegenzeugen im Gerichtsverfahren vor und erwirkt mit dem Sonderberater Mueller einen 'Deal', in dem er volle Kooperation zusagt. Einige Wochen später beklagt sich sogar der zuständige Richter, dass ein solcher Deal **mehr als „ungewöhnlich“** sei und dass wegen der nachweisbaren Kooperation von Paul Manafort mit den Behörden der Sonderberater Mueller niedrigere Strafen ansetzen solle. Ferner kommt heraus, dass Mitglieder des 'Special Counsel' noch bevor Sie dem Sonderberater-Team angehörten, **Informationen über Manafort an die Presse verbreiteten**. Ebenso wird Mitte Oktober 2018 bekannt, dass eine langjährige Mitarbeiterin des Treasury Department in Washington, DC festgenommen wird, da diese massiv und in höchst **illegaler Weise vertrauliche Finanzdaten auch über Paul Manafort**, die insbesondere für den 'Special Counsel' von Belang sind, unerlaubt an die Presse weiterleitete, insbesondere übrigens **an BuzzFeed News**.

Der Bumerang ist zurück

Da republikanische Politiker zudem bereits **im Juli 2017 einen Brief an den Justizminister gesendet** hatten, in dem diese Jeff Sessions wiederholt aufforderten, endlich einen zweiten, wirklich unabhängigen 'Special Counsel' einzuberufen - dies wegen der vielen FISA-Missbräuche, dem Clinton-Email Server und anderen bisher zumindest zwar offenbarten, aber auch weiterhin völlig ungelösten Skandalen - werden die Rufe von nunmehr nicht mehr nur Republikanern immer lauter. Diesbezüglich muss eine erneute solche Anfrage von **Kongressmann Lee Zeldin an den Justizminister** am 28. Februar 2018 ergehen (**deutsche Übersetzung hier**). Einige Tage später, am 6. März 2018, erfolgt **noch eine solche Aufforderung** an sowohl den Justizminister als auch an Rod Rosenstein, diesmal vom Vorsitzenden des Rechtsausschusses des US-Kongresses und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Regierungsreformen gleichzeitig (**deutsche Übersetzung hier**). Ein von US-Kongressleuten angefertigter **krimineller Verweis mehrerer Ex-Obama-Regierungsbeamter** an das US-Justizministerium erfolgt jedenfalls schon einmal am 18. April 2018, darunter James Comey und Hillary Clinton (**deutsche Übersetzung hier**).

Congress of the United States
Washington, DC 20515

April 18, 2018

The Honorable Jeff Sessions
Attorney General
U.S. Department of Justice
950 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, DC 20530

The Honorable Christopher Wray
Director
Federal Bureau of Investigation
935 Pennsylvania Avenue, NW
Washington, DC 20535

The Honorable John Huber
United States Attorney for the District of Utah
The United States Attorney's Office - District of Utah
111 South Main Street
Salt Lake City, UT 84111

Dear Attorney General Sessions, Director Wray, and Mr. Huber:

We write to refer the following individuals for investigation of potential violation(s) of federal statutes. In doing so, we are especially mindful of the dissimilar degrees of zealotry that has marked the investigations into Former Secretary of State Hillary Clinton and the presidential campaign of Donald Trump, respectively. Because we believe that those in positions of high authority should be treated the same as every other American, we want to be sure that the potential violations of law outlined below are vetted appropriately.

I. Former FBI Director James Comey.

On July 5, 2016, Comey made a statement on the investigation of Secretary Hillary Clinton's use of a personal e-mail system, during which he stated: "...there is evidence that they were extremely careless in their handling of very sensitive, highly classified information." He went on to say: "Although there is evidence of potential violations of the statutes regarding the handling of classified information, our judgment is

Ein neues Kapitel wird am 8. April 2018 aufgeschlagen, als auf Empfehlung des Sonderberaters Mueller das Justizministerium plötzlich eine Anordnung an Beamte des Southern District of New York (SDNY) ergeht. Diese brechen dann auch gleich in das New Yorker Büro des persönlichen Anwalt des US-Präsidenten, Michael Cohen, ein und beschlagnahmen Dokumente und Computer. Eine weitere waghalsige Stunt-Show des 'Deep State', Rosensteins und Muellers, die mit Volldampf gegen die US-Verfassung und eine mögliche Wiederwahl Trumps im Jahr 2020 anfahren - man kann nur hoffen, dass es ähnlich wird wie bei der MS Titanic. Übrigens hat sich das alt-eingesessene Gericht des SDNY - einer von 94 District Courts in den USA - schon damals der Titanic Angelegenheit gewidmet und auch den vielen Zivilklagen im Rahmen des Terrorattentates vom 11. September 2001. Der 'Sonderberater' Robert Mueller wurde übrigens von der George W. Bush Regierung damals ganz zufällig genau einen Monat vor der Katastrophe in New York als neuer Leiter des FBI ernannt. Zudem ist ein verehrtes Alumni-Mitglied des SDNY niemand anders als der ehemalige, von Trump und Sessions gefeuerte ex-FBI Direktor James Comey, dessen Memoranda bezüglich Donald Trump veröffentlicht werden, die James Comey nur noch weiter in die Kritik bringen.

Sogar einige Staatsanwälte aus New York kommen in die Kritik, so zum Beispiel Generalstaatsanwalt Eric Schneiderman, dem neben Anschuldigungen von zahlreichen Frauen angelastet wird bei den notwendigen Offenlegungen von hunderten Millionen US-Dollar an die Clinton Stiftung beide Augen mehr als zugeedrückt zu haben.

Und weitere Entdeckungen bezüglich des Angriffs auf Michael Cohen, den ehemals persönlichen Anwalt von Donald Trump, folgen schon bald. Es wird bekannt, dass die für die Cohen Angelegenheit zuständige Richterin keine andere als Kimba Woods ist. Woods, Richterin für einen der wichtigen District Courts in den USA, wurde von Bill Clinton geliebäugelt als mögliche US-Justizministerin in dessen Amtszeit und war Ehrengast und Rednerin bei der dritten Hochzeit von George Soros im Jahre 2013. Sie fiel auch als Playboy-Bunny in den 60er Jahren auf sowie durch eine Beziehung zu einem Multi-Millionär, nachdem dessen Ehefrau seine Tagebücher fand. Dies brachte ihr den Spitznamen

"Love Judge" ein.

Schliesslich wird bekannt, dass man von Seiten des FBI nicht nur in illegaler Weise in Trumps Wahlkampf-Kampagne mit Mikrofon und Funkgerät herumfuchtelte ließ, sondern sogar noch **mit und durch mindestens einen Spion**, der zugleich noch **auf der Gehaltsliste der demokratischen Partei in den USA** stand.

Am aller letzten Tag des Februars 2018 wird endlich offiziell vom Justizministerium angekündigt, dass man nun wohl doch irgendwie und -wann eine offizielle Untersuchung der vielen, mit viel Aufwand belegten FISA-Spionage-Überwachungsmissbräuche einleiten möchte. Dass sich am selben Abend diesbezüglich dann auch der **Justizminister Jeff Sessions mit seinem obersten Staatsanwalt Rod Rosenstein** bei einem schönen, sicher sehr teurem, halb-durchgegartem Steak-Dinner in einem Restaurant in Washington, DC trifft anstatt sich von diesem zu distanzieren, verdeutlicht auch weiter die Zustände im Sumpf von Washington - die Stadt wurde auf einem ehemaligen Sumpfgebiet erbaut. Ende März 2018 erklärt das US-Justizministerium zumindest, dass man eine Untersuchung aller nun aufgedeckten Sachverhalte beginnen möchte, dies durch einen **Staatsanwalt mit Namen Huber aus Utah** - glücklicherweise fernab von Washington, DC.

Auch nachdem der neu ernannte US-Justizminister Barr Ende März 2019 **den Special Counsel Robert Mueller dazu drängt**, seine Untersuchungen endlich abzuschließen, ist man auf der politisch entgegengesetzten, US-demokratischen Seite weiterhin nicht glücklich darüber, dass keine sonderlichen Justiz- oder sonstigen politischen Einflussnahmen auf Trumps Politikampagne nachgewiesen werden können. Auch nicht nach zwei Jahren intensivster Nachforschungen, Ausgaben von über \$30 Millionen, 19 Anwälten, 40 FBI Agenten, über 2800 Vorladungen, 500 Durchsuchungsbefehlen, 13 Anfragen an ausländische Regierungen und über 500 Zeugenbefragungen. Da der vollständige Bericht von Robert Mueller sowieso kein wirklich rechtlich unvoreingenommenes Dokument ist, sondern als politisches Werkzeug dienen wird, **veröffentlichen dann auch zwei US-Senatoren** vorab ein ausgesprochen interessantes Schreiben, welches einige Handlungsweisen des 'Special Counsel' darlegt.

Erwartungsgemäß liest sich dann auch **der über 400 Seiten umfassende Bericht** des 'Special Counsel' von Mitte April 2019, veröffentlicht ein paar Wochen nach Justizminister Barrs Ankündigung einen Monat zuvor, eher wie ein politisches Manifest denn als juristisches Dokument.

Dies sind dann auch Beweise des immer wieder in den USA zitierten 'Deep State'. Schattenregierungen überall auf der Welt, deren zahlreiche Mitglieder sich um nicht mehr sonderlich viel kümmern, als um sich selbst sowie auf deren selbst fokussierte Interessen - Sachverhalte, die durchaus an gravitationsbedingte Zustände in einem schwarzen Loch erinnern lassen.

Für diesen 'Deep State' sollte es keine Zukunft geben. Donald Trumps Verdienst wird es auf Ewigkeit sein, dieses schwarze Loch voll von quasi-kriminellen, miteinander vernetzten, überreichen, hochgradig korrupten und an Egoismus nicht mehr zu überbietenden Politikern und Bürokraten offenbart zu haben.

Bei all dem ist es zudem ein großes Wunder, das im November 2016 überhaupt jemand anders US-Präsident geworden ist, als Hillary Clinton. Dafür sollte man eigentlich ausgesprochen dankbar sein.



Und so hat es sich zugetragen, dass der anfangs wild ausgeworfene und nach seinem Umkehrpunkt immer größer gewordene, russische US-Bumerang mit voller Wucht zum Werfer zurück flog.

<https://www.sun24.news/de/ein-russischer-bumerang-der-weg-zum-groessten-politskandal-in-der-geschichte-der-usa.html>